

## **Antrag**

**der Abgeordneten Christian Görke, Dr. Gesine Löttsch, Klaus Ernst, Susanne Hennig-Wellsow, Ina Latendorf, Caren Lay, Ralph Lenkert, Christian Leye, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Victor Perli, Bernd Riexinger, Alexander Ulrich, Dr. Sahra Wagenknecht, Janine Wissler und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Steuererhöhungen auf Gas, Fernwärme und in der Gastronomie stoppen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Energie und Lebensmittel waren in den letzten Jahren die stärksten Preistreiber. Besonders die Kaufkraft geringer und mittlerer Einkommen hat darunter massiv gelitten, die Armut zugenommen (vgl. IMK-Inflationsmonitor). Um den Kaufkraftverlust abzufedern, wurden die Umsatzsteuersätze bei Gas und Fernwärme sowie bei Verpflegungen in der Gastronomie temporär auf 7 Prozent gesenkt. Für die Gastronomiebranche war die Senkung ursprünglich zudem eine Konjunkturstütze während der Pandemie. Bis heute hat sich die Branche allerdings nicht wieder auf das Vorkrisenniveau von 2019 erholt.

Nun plant die Bundesregierung offensichtlich das Auslaufen dieser Maßnahmen, was zusammen eine Steuererhöhung von rund 10 Milliarden Euro jährlich ausmacht: fast 7 Milliarden Euro beim Gas bzw. Fernwärme und 3 Milliarden Euro bei der Gastro. Dadurch werden Energie als auch Speisen in der Gastronomie wieder sprunghaft teurer, denn die höhere Umsatzsteuer würde auf die Kunden überwältigt und die Inflation so befeuert. Die Bundesregierung konterkariert so sogar die wirtschaftsschädlichen Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank.

Es ist gar zu befürchten, dass mehr als 100 Prozent der Erhöhung an die Kunden weitergegeben werden – etwa durch das Einhalten psychologischer Preisgrenzen oder die bloße Margenausweitung unter dem Schleier der sowieso entstehenden Preiserhöhung. Besonders in der Gastronomie würde die wegbrechende Nachfrage zum Insolvenzrisiko für zehntausende Betriebe. Eine Steuerpolitik, die kleine und mittlere Einkommen belastet, verbietet sich in der Wirtschaftskrise.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den auf 7 Prozent gesenkten Umsatzsteuersatz auf Lieferungen von Gas und Fernwärme sowie auf Speisen in der Gastronomie verlängert und entfristet.

Berlin, den 19. September 2023

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**